

NEUE JUSTIZ

ZEITSCHRIFT FÜR RECHT
UND RECHTSWISSENSCHAFT

NR. 18/1969

2. SEPTEMBERHEFT

BERND ROSENTHAL, Staatsanwalt beim Generalsaatsanwalt der DDR

Einige politisch-ideologischen Aspekte der Durchsetzung der Merseburger Initiative

Zu Ehren des 20. Jahrestages der Gründung der DDR wurden unter Führung der Parteiorganisationen in allen Organen der Rechtspflege neue Initiativen zur Erhöhung der Effektivität der Rechtspflege und zur wirkungsvolleren Gestaltung des gesamtgesellschaftlichen Kampfes gegen die Kriminalität entwickelt. Sie führten überall dort zu einer neuen Qualität in der Arbeit, wo es durch beharrliche politisch-ideologische Überzeugungsarbeit gelang, alle Mitarbeiter zu befähigen, ihre Tätigkeit als zutiefst politische Funktion zu begreifen und auszuüben, einen festen Klassenstandpunkt einzunehmen und die Politik der Partei und des sozialistischen Staates konsequent zu verwirklichen.

Besonders gute Ergebnisse wurden in den Rechtspflegeorganen erzielt, in denen sich die Parteiorganisationen auf solche theoretischen Fragen konzentrierten wie

- das gesetzmäßige Wachsen der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei als Grundbedingung für die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft und des sozialistischen Staates in der DDR;
- den Charakter und die Grundaufgaben des sozialistischen Staates und Rechts in der Periode der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems in der DDR;
- die ständige Entfaltung der sozialistischen Demokratie als Gesetzmäßigkeit des sozialistischen Aufbaus;
- die weitere Gestaltung des sozialistischen Rechts als wichtiges Instrument zur Organisierung und Leitung gesellschaftlicher Prozesse, zur Herausbildung sozialistischer Verhaltensweisen und zum Schutze unserer sozialistischen Ordnung;
- die Weiterentwicklung der Rechtspflege durch die Erhöhung der Wissenschaftlichkeit ihrer Leitung und die Nutzung der Vorzüge des sozialistischen Systems zur Führung des gesamtgesellschaftlichen Kampfes gegen die Kriminalität¹.

Die Mitarbeiter der Rechtspflegeorgane bemühen sich, die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zu entwickeln und auf dieser Grundlage schöpferisch die vielseitigen und komplizierten Aufgaben zu lösen; die Genossen führen

einen beharrlichen Kampf gegen Erscheinungen der Selbstzufriedenheit, der Mittelmäßigkeit, des Ressortdenkens und der Vernachlässigung der Wachsamkeit in ideologischen Fragen.

Heger, Jahn, Speckhardt und Steffens haben inzwischen berichtet, wie im Bezirk Halle mit der mobilisierenden Kraft der Parteiorganisationen die sozialistische Gemeinschaftsarbeit weiterentwickelt wurde und die Mitarbeiter der Volkspolizei, der Staatsanwaltschaft und der Gerichte befähigt wurden, die Qualität der Arbeit in ihren Organen zu erhöhen und mit geringstem Aufwand eine hohe Effektivität bei der Lösung der Aufgaben zu erreichen².

Viele Mitarbeiter der Rechtspflegeorgane anderer Bezirke, wie z. B. der Bezirke Erfurt und Magdeburg sowie der Hauptstadt der DDR³, haben die von Merseburg ausgehenden Impulse aufgenommen, schöpferisch verarbeitet, entsprechend den konkreten Bedingungen der einzelnen Bereiche bzw. Territorien weiterentwickelt und damit ihren Klassenauftrag richtig verstanden. Eingedenk der Hinweise Lenins, daß man „es verstehen (muß), in jedem Augenblick jenes besondere Kettenglied zu finden, das mit aller Kraft angepackt werden muß, um die ganze Kette zu halten und den Übergang zum nächsten Kettenglied mit fester Hand vorzubereiten“⁴, haben sie in ihrer täglichen Arbeit bewiesen, daß die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen den Rechtspflegeorganen und mit anderen Staatsorganen sowie gesellschaftlichen Organisationen das Hauptkettenglied für die Lösung einer Reihe von Leitungsproblemen ist. Zugleich wurde deutlich, daß es hierbei nicht nur um eine gute Zusammenarbeit schlechthin, sondern um die Herstellung bzw. Entwicklung effektiver und rationeller Wechselbeziehungen geht.

So ist es z. B. richtig, daß auf der Grundlage gemeinsamer Programme bzw. Vereinbarungen der Leiter der Volkspolizeikreisämter, der Staatsanwälte der Kreise und der Direktoren der Kreisgerichte sowie von Ver-

² Vgl. Heger/Jahn/Speckhardt/Steffens, „Sozialistische Gemeinschaftsarbeit - Sache aller Rechtspflegeorgane im Bezirk Halle und Ausgangspunkt weiterer Initiativen“, NJ 1969 S. 513 ff.

³ Vgl. Beinrowitz/Tlader/Marquardt/Oehmke, „Sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen den Rechtspflegeorganen der Hauptstadt der DDR“, NJ 1969 S. 421 ff.

⁴ Lenin, „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“, in: Werke, Bd. 27, Berlin 1960, S. 265.

¹ Vgl. W. Ulbricht, „Die Rolle des sozialistischen Staates bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus“, NJ 1968 S. 641 ff.